

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/artikel/1985867>

Veröffentlicht am: 30.01.2020 um 09:40 Uhr

Stimmung weiter gereizt

Anwälte im Osnabrücker Schlüsseldienst-Prozess erhöhen den Druck

von Andreas Wenk



Osnabrück. Unter den Verteidigern im Mammut-Prozess um bandenmäßigen Betrug in der Schlüsseldienstbranche wächst der Unmut. Die Juristen fordern, dass sich das Landgericht Osnabrück ein bisschen beeilen möge. Dahinter steckt offenbar der Wunsch, über das Strafmaß zu verhandeln. Doch der Vorsitzende scheint derzeit gar nicht daran zu denken.

Der Grund dafür, dass die Advokaten Druck machen, ist nicht allein, dass sich ihre Mandanten seit acht Monaten in Untersuchungshaft befinden. Zweieinhalb Monate nach dem Prozessauftritt hängt eine vor Weihnachten eingereichte Haftbeschwerde noch immer beim Oberlandesgericht fest.

Es geht auch um die Verhandlungsführung des Vorsitzenden. Die Verteidiger, die zumindest zum Teil unterschiedliche Interessen vertreten, sind sich in ihrer Kritik daran weitgehend einig.

Zehn Wochen nach Prozessauftritt ist man erst bei Punkt 20 von insgesamt knapp 180 Anklagepunkten gelangt. Unter den Rechtsanwälten geht die zynische Frage um, „wie lange wollen wir in dem Tempo weitermachen“ und: „wie lange wird das dauern?“ - „bis Weihnachten“, lautet die lakonische Antwort, nur „das Jahr steht noch nicht fest“.

Eigentlich warten alle darauf, dass der Vorsitzende die Initiative ergreift und anbietet, über den Strafrahmen zu

verhandeln, nach dem Muster „Geständnis gegen Strafrabatt“. Solche „Deals“, die der Prozessökonomie dienen, sind in Strafprozessen weder unzulässig noch unüblich.

Hauptangeklagter schweigt

Doch der Hauptangeklagte hat sich bislang überhaupt nicht zur Sache eingelassen und einer seiner Anwälte, ein Jurist aus Hamburg, forderte jetzt sogar, ein weiteres Verfahren der Staatsanwaltschaft Essen hinzuzuziehen, was die ohnehin schon hohen Aktenberge weiter anwachsen lassen würde. Inhaltliche Notwendigkeit oder Drohgebärde? Das lässt sich für Prozessbeobachter derzeit kaum einschätzen. Schon jetzt aber steht hinter dem Richtertisch ein Rollwagen mit gelben Postkisten voller Prozessakten, die der Vorsitzende von Zeit zu Zeit herauswuchtet und später wieder verstaubt.

Fest steht zudem, dass die Kosten für das Verfahren rekordverdächtige Dimensionen erreichen dürften. Ein Anwalt gab jetzt bekannt, dass seine mit zwei Leuten vertretene Kanzlei für die ersten zehn Verhandlungstage und die Vorarbeit rund 18.000 Euro abgerechnet hat. Ein anderer spricht von einem Tagessatz von 500 Euro. Hinzu kommen drei hauptberufliche Richter, zwei Schöffen und zehn Sicherheitsleute der Justiz. Ein Tag vor der Großen Strafkammer kostet den Steuerzahler vermutlich 6.500 bis 7.000 Euro - einer der Anwälte spricht sogar von etwa 10.000 Euro.

Nicht alle Kunden fühlten sich betrogen

Die Prozesstage für Februar und März sind bereits terminiert. Nichts deutet derzeit darauf hin, dass darauf verzichtet würde, zu jedem einzelnen Anklagepunkt Betroffene als Zeugen zu vernehmen, die sich ausgesperrt hatten und sich in der Folge von einem oder mehreren der Angeklagten über den Tisch gezogen fühlten.

Für manche gilt im Übrigen nicht einmal das. Zwei der am elften Prozesstag gehörten mutmaßlichen Geschädigten waren gar nicht auf die Idee gekommen, sich über die Monteure und ihre Rechnungen zu beschweren. Erst die Polizei hatte sie darauf aufmerksam gemacht, dass da womöglich etwas nicht stimmt.

Die Fahnder wiederum hatten die Telefone der Angeklagten lange abgehört, bevor sie die Falle zuschnappen ließen, was dem Treiben ein Ende setzte. Das hatte zwischenzeitlich auch die Frage aufgeworfen, ob die Staatsanwaltschaft nicht viel früher hätte aktiv werden müssen, um die Gefahr abzuwenden, dass weitere Personen geschädigt werden.

Zu beobachten ist, dass der Umgangston zwischen Vorsitzendem Richter und Verteidigern stark schwankt, meist juristisch nüchtern, selten mit einem Schuss Humor gewürzt, teils zynisch und manchmal auch laut und gereizt. Landgerichts-Pressesprecher Christoph Sliwka gibt zu bedenken, dass sich bei aller Professionalität im Gerichtssaal Menschen gegenüber sitzen. Außerdem habe man es hier mit einem sehr großen Verfahren zu tun, da stießen „alle Beteiligten an Grenzen“. Schließlich bewege man sich in einem Spannungsfeld zwischen dem, „was einerseits juristisch geboten und andererseits leistbar ist“.

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.